



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Liberalismus in Süddeutschland.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der Liberalismus in Süddeutschland.

Wer gegenwärtig gezwungen wäre, seine Informationen über den Stand des Liberalismus lediglich aus den Zeitungen zu schöpfen, der würde, bei der Mannigfaltigkeit der Beurtheilung, welche dieser krankende Sohn des Jahrhunderts von der Bossischen bis zur Kreuzzeitung gegenwärtig erfährt, schwerlich im Stande sein, sich ein auch nur einigermaßen klares Bild über denselben zu machen. Eins nur würde ihm gewiß werden: daß „etwas faul sein muß im Staate Dänemark“, und daß jeder, auf welchem Parteistandpunkte er auch steht, sich für berufen hält, diesen faulen Punkt zu heilen. Wie weit jedoch dieses Berufensein in den meisten Fällen her ist, sieht man allein schon daraus, daß die Heilmittel und Reorganisationsvorschläge in den meisten Fällen geradezu entgegengesetzt sind und sich gegenseitig aufheben. Als ob überhaupt einer Partei, die scheinbar oder in Wirklichkeit auf Abwege gerathen ist, von außen her einfach eine Directive gegeben werden könnte! als ob sie etwas wäre, das nicht auf einer politischen Strömung im Volke beruht, sondern das unabhängig hiervon mit dem Schwerpunkte nach rechts oder nach links bestimmt werden könnte! Freilich hängt das Verfehlte dieser Annahme, die ja den heutigen politischen Erörterungen in der That vielfach zu Grunde liegt, mit der Parteientwicklung der Gegenwart eng zusammen. Nicht nur der größte Theil unserer Presse, besonders die mehr nach links neigende, sondern auch die Mehrzahl der parlamentarischen Führer nimmt das Recht für sich in Anspruch und glaubt die Macht dazu unbestreitbar zu besitzen, daß sie einen bestimmenden Einfluß auf ihre Partei in Bezug auf den nach rechts oder links liegenden Schwerpunkt auszuüben in der Lage sei. Und doch liefert die Wahlgeschichte Lasfers und Richters im nördlichen, Kiefers im südlichen Deutschland den Beweis, wie falsch diese Annahme ist; und was den Einfluß der Presse betrifft, so darf man sich doch auch hier, bei aller Anerkennung der thatsächlichen Macht derselben, keinen Illusionen hingeben. Gerade die Leiter der Presse selbst hätten bei genauer Beobachtung der Entwicklung des Parteilebens in ihren Bezirken im Verhältniß zu ihrer eigenen Thätigkeit und ihren Versuchen, diese Entwicklung zu bestimmen, längst lernen können, daß dieses Verhältniß oft ein sehr lockeres, nicht selten ein geradezu dem, welches ihr Selbstbewußtsein ihnen vor- spiegelte, entgegengesetztes ist, hätten es lernen können, wenn an diesem Tempel der sogenannten öffentlichen Meinung das *Ἰνώδι σεαυτὸν* nicht längst verwitert und unleserlich geworden wäre.

Seit einer Reihe von Monaten, eigentlich schon seitdem die Berathung der zollpolitischen Vorlage dem deutschen Volke den traurigen Beweis lieferte, daß Liberalismus und semitischer Handelskosmopolitismus sehr nahe verwandte Begriffe sind, steht in der öffentlichen Discussion die Verwirrung, die Verfahrenheit und Zerfahrenheit in unserem politischen Parteileben als Thema oben an. Kein Wunder. Soweit das Gedächtniß der lebenden Generation zurückreicht, hat noch nie eine so babylonische Verwirrung stattgefunden wie gegenwärtig; es scheint, als wäre uns jeder Maßstab zur Beurtheilung des politischen Lebens und der politischen Stimmung verloren gegangen. Man braucht nur einen Bürger nach seinem politischen Parteistandpunkte zu fragen: es wird schwer halten, eine schnelle, klare, vorbehaltlose Antwort von ihm zu bekommen.

Der deutsche Wähler von heute ist sich in den allermeisten Fällen selbst nicht klar, welcher Partei er eigentlich angehört oder angehören müßte, wenn er volles Genügen seiner politischen Anschauungen finden soll. So ist er ein Spielball der Wahltaktik geworden, und wer das meiste Geschick hat, ihm goldene Berge zu versprechen, den Gegner herabzusetzen oder aber die „geeignetste Persönlichkeit“, d. h. diejenige, die den am weitesten reichenden Einfluß besitzt, für die Candidatur ausfindig zu machen, hat ihn und die Mehrheit. Daher aber auch ein Parlament, dessen Entscheidungen gerade in den wichtigsten, folgenreichsten Dingen vorher in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt sind, und dem gegenüber fortwährend die Besorgniß gerechtfertigt ist, ob der theoretische oder der praktische Standpunkt maßgebend sein, ob man sich von einem nationalen und volksthümlichen, oder von einem internationalen und in seinen letzten Beweggründen egoistischen Gesichtspunkte leiten lassen werde. So allein ist es möglich gewesen, daß die Annahme der Bismarckschen zollpolitischen Vorlage an einem seidenen Faden hängen, daß die Samoavorlage abgelehnt werden, daß man um das Schicksal der Militärvorlage auch nur einen Augenblick besorgt sein konnte — wahrlich ein Zustand, der nur verständlich wäre und einige Berechtigung für sich hätte, wenn wir in unserem politischen und nationalen Sein noch um ein Vierteljahrhundert zurück wären. Am meisten trifft dieser Zustand der Verfahrenheit selbstverständlich die von den extremen eingeschlossenen Mittelparteien, also vor allem die nationalliberale Partei, auf die man ihn, nicht ganz mit Recht, auch gewöhnlich allein anwendet, zum Nutzen der extremen Parteien, welche aus dieser Trübe für sich zu schöpfen hoffen und dies anscheinend auch schon gethan haben.

Am schlimmsten liegen alle diese Dinge in Norddeutschland, dank dem Uebergewicht der dortigen zersetzenden Thätigkeit der Presse, die in dieser Beziehung von derjenigen Süddeutschlands — mit Ausnahme von Frankfurt a. M. — in unangenehmer Weise absteht. In Norddeutschland ist eben die Presse noch viel abhängiger von den Parlamentariern als im Süden, und leider gerade von denen, die an der Verfahrenheit unserer Parteiverhältnisse am meisten schuld sind; die süddeutsche Presse hat sich von diesen parlamentarisch-radicalen Einflüssen freier erhalten und hat sich eine größere Selbständigkeit gewahrt. So ist es gekommen, daß die Reorganisationsvorschläge, welche von norddeutschen Blättern mit dem größten Ernste und dem souveränsten Competenzgeföhle behandelt und in Vorschlag gebracht wurden, von unsern leitenden Organen, in der Erkenntniß der Unmöglichkeit oder Nutzlosigkeit ihrer Ausführung, meist mit leisem Spott oder geradezu mit entschiedener Zurückweisung behandelt worden sind. Hierher gehört vor allen Dingen der Vorschlag der Bildung einer großen liberalen Partei, in der das Heil für das deutsche Reich liegen sollte. Die süddeutsche Presse, besonders der „Schwäbische Merkur“, die „Badische Landeszeitung“, die „Süddeutsche Presse“ (München), die „Nürnberger Presse“, und mit ihr der überwiegende Theil der süddeutschen, nicht ultramontanen Bevölkerung, hat ein aus den Thatsachen erwachsenes und darum festbegründetes Vertrauen auf den Reichskanzler und mit ihm auf die Reichsregierung, und hat einen entschiedenen Widerwillen gegen die fortgesetzten Versuche der norddeutschen, besonders Berliner leitenden liberalen Organe, den Reichskanzler in seinen Beweggründen zu verdächtigen, sein Thun mißzudeuten, ihn in allem als einen Gegner freierlicher Entwicklung hinzustellen, wie gegen das Verfahren dieser Blätter, unsere politische Entwicklung nicht von dem festen Boden der Thatsachen, sondern aus der Vogelperspective der Theorie zu beurtheilen. Immerhin steht

zu befürchten, daß der dort herrschende Zug der Unzufriedenheit schließlich auch hier Platz greift, daß die Zerfahrenheit auch hier zunimmt, wenn nicht bald eine Wendung zum Besseren eintritt. Nur wird man diese Wendung niemals herbeiführen durch einen äußeren Einfluß; die Männer, welche unser Parteileben verdorben haben, sind unfähig, es wieder gesund zu machen.

Mit vollem Rechte wies neulich die „Nürnberger Presse“ darauf hin, daß alle Reformvorschläge, die bisher gemacht worden sind, darauf hinausliefen, die Alleinherrschaft, die Selbstherrlichkeit der derzeitigen Parteispitze zu erhalten, und daß der Zweck aller dieser Reorganisationsversuche nicht ein höherer, nationaler, sondern ein Selbstzweck sei. Es handle sich dabei lediglich um die Herstellung einer liberalen Parteiherrschaft. „Bisher ist es Sitte bei uns gewesen, denjenigen der ‚Prinzipienlosigkeit‘, ‚Charakterlosigkeit‘ und des ‚Servilismus‘ zu zeihen, der seine Anschauungen und Ueberzeugungen dem Reichskanzler untergeordnet hat, und dieses Verdicht bleibt bestehen, auch wenn niemand im Zweifel ist, daß die also gebrandmarkten sich nicht aus persönlichen Rücksichten unterordnen, sondern allein im Interesse der nationalen Sache, als deren besten und einsichtigsten Vertreter sie den Reichskanzler anerkennen müssen. Was aber hier eine Charakterschwäche sein soll: Unterordnung unter die bessere Einsicht eines anderen, wenn auch noch so bewährten Mannes, das soll ein Verdienst sein, wenn es geschieht in der ‚großen liberalen Partei‘, und im Interesse der Herrschaft der Partei.“ Ähnlich haben sich auch die übrigen genannten Blätter wiederholt ausgesprochen; sie alle haben die Bildung einer großen liberalen Partei als ein Urding bezeichnet.

Was uns betrifft, wir glauben, daß die Principien, nach denen bisher die Parteibezeichnungen „liberal“ und „conservativ“ statthaft waren, veraltet und ganz und gar nicht mehr zutreffend sind. Diese Bezeichnungen selbst und die auf sie sich gründende Parteibildung reicht in eine Zeit zurück, von der uns unübersteigbare und unzerstörbare Scheidewände trennen, in eine Zeit, in der es sich wirklich noch um Ziele handelte, welche auf dem politischen Gebiete lagen und die entweder freiheitliche oder absolutistische, volksthümliche oder oligarchische waren. Diese Zeit aber liegt, Gott sei Dank, weit hinter uns. Nicht nur die Revolutionen, sondern viel mehr noch das von Fürst Bismarck heraufgeführte Zeitalter der nationalen Wiedergeburt Deutschlands trennt uns auf immer von den Tagen der Demagogenhege, der Knechtschaft, der Botmäßigkeit des Volkes gegenüber der allmächtigen und alleinmächtigen Regierungsgewalt. Wir sind ein freies Volk, ausgestattet mit allen, ja mehr als allen politischen Rechten, für die sich die große Masse reif und gewachsen zeigt, und wenn unsere Demokraten und fortgeschrittenen Liberalen heute noch von der deutschen Knechtschaft reden und von dem Mangel an jeglicher politischer Freiheit, und wenn der Frankfurter Demokratenhauptidee es heute noch zu sagen wagt, daß die edelsten deutschen Männer im Gefängnisse schmachten, so lächelt man im allgemeinen darüber und weiß nur zu gut, welches ein Kaliber von Männern wir unter diesen „Edelsten“, diesen „Sternen“ der deutschen Nation uns zu denken haben. So wenig aber die Regierung selbst, und am allerwenigsten der Reichskanzler, jene absolutistische Zeit zurückzuführen gewillt ist, so giebt es auch im Volke keine Partei mehr, die sich aus jenem oligarchischen Feudalabel recrutirte, gegen den das deutsche Volk einen langen Kampf zu führen gezwungen gewesen ist, und wo ja noch ein mittelalterlicher Kopf von jener verlorenen Herrlichkeit träumt oder gar es auszusprechen wagt, daß er jenes alte Abhängigkeitssystem sich zurückwünscht, da geht die Geschichte einfach über ihn zur Tagesordnung über. Zu-

dem stehen jenen reactionären Oligarchen die liberalen gegenüber, welche, da ihr Streben weit leichter von Erfolg gekrönt wird, für die wahre Volksfreiheit im Grunde weit gefährlicher sind als jene. Obgleich aber die Zeit und die Verhältnisse ganz und gar andere, zum Theil geradezu entgegengesetzte geworden sind, ist die Parteischablone doch seit der Väter Tagen vollständig dieselbe geblieben, ja selbst die alten vormärzlichen und vorsechszundsechziger Schlagworte, welche nur durch die Donner des großen Befreiungskrieges vor zehn Jahren auf kurze Zeit übertönt wurden, sind noch die nämlichen, und auch die Helden des heutigen fortgeschrittenen Liberalismus geberden sich noch ebenso, wie ihre Vorläufer mit viel größerem Rechte es durften, als wären sie die eigentlichen und alleinigen Hüter und Horte der Volksfreiheit, obgleich der Blödeste doch wissen könnte, daß sie uns an wirklicher Freiheit mehr verkümmert als gebracht haben.

Nachdem auf nationalem, auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiete eine Reform theils vollzogen, theils angebahnt worden ist, muß eine solche sich unbedingt auch vollziehen auf dem Gebiete des Parteilebens. Die alten Gesichtspunkte von „conservativ“ und „liberal“ müssen fallen gelassen, neue, für die Gegenwart passende müssen gefunden werden, oder vielmehr — denn ein Destroyiren ist hier unmöglich — sich von selbst ausbilden. Damit aber diese Ausbildung wirklich frei vor sich gehe, muß ihr der Boden geebnet, müssen ihr die Hindernisse, die meist persönliche sind, aus dem Wege geräumt werden. Das letztere hat bereits begonnen. Der gesunde Instinkt des Volkes hat gezeigt, wie die Sache in Angriff genommen werden muß. Die nächste Reichstagswahl und die nächsten Wahlen zu den Landtagen werden die Fortsetzung bringen. Die parlamentarischen Urpatoren müssen von dem Piedestal politischer Selbstherrlichkeit abgesetzt werden, und eine neue Parteibildung unter neuen Parteileitern muß vor sich gehen. Der Maßstab bei dieser Neubildung wird sein: Unterstützung unserer nationalen und volksthümlichen Regierung in ihren großen Gesichtspunkten oder — Opposition gegen dieselbe.

Wir müssen los von dem thörichten, knabenhaften Wahne, daß Liberalismus und Opposition so ziemlich gleichbedeutend sei, und fußend auf den in die Augen springenden Erfahrungen, dürfen wir uns nicht länger aus Parteihochmuth der Einsicht verschließen, daß wir augenblicklich in der Regierung die beste Hüterin unserer nationalen Selbstständigkeit und unserer politischen Freiheit haben. Das Mißtrauen und die Verdächtigungssucht, die jetzt unser öffentliches Leben in schmachvoller Weise beherrscht, muß einem selbstlosen und volksthümlichen Vertrauen weichen, damit unser nationales Leben je eher desto mehr gesunde, und wir uns auch nach innen dessen würdig erweisen, was wir nach außen erbringen haben und besitzen.

Karlsruhe, im August 1880.

---

Für die Redaction verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.  
Verlag von F. E. Herbig in Leipzig. — Druck von Hüthel & Herrmann in Leipzig.